



Mitteilung

Berlin, den 22. Mai 2019

**Die 26. Sitzung des Ausschusses für Bau, Wohnen,
Stadtentwicklung und Kommunen
findet statt am
Mittwoch, dem 5. Juni 2019, 12:00 Uhr
Adele-Schreiber-Krieger-Straße 1, 10117 Berlin
Sitzungssaal: Marie-Elisabeth-Lüders-Haus 3.101**

Sekretariat
Telefon: 030 227-39414
Fax: 030 227-36123

Sitzungssaal
Telefon: +49 30 227-31483/7
Fax: +49 30 227-30487

**Achtung!
Abweichende Sitzungszeit!
Abweichender Sitzungsort!**

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Einzigiger Tagesordnungspunkt

- a) Antrag der Abgeordneten Daniel Föst, Frank Sitta, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Wohnungsmangel bekämpfen – Dachgeschosse nutzen

BT-Drucksache 19/6219

Federführend:

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mitberatend:

Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Finanzausschuss
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

- b) Antrag der Abgeordneten Daniela Wagner, Christian Kühn (Tübingen), Britta Habelmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Sofortprogramm Bauflächenoffensive –
Hunderttausend Dächer und Häuser Programm**

BT-Drucksache 19/6499

Federführend:

Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen

Mitberatend:

Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Energie
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Haushaltsausschuss



Interessierte Besucherinnen und Besucher werden gebeten, sich unter Angabe von **Name, Vorname sowie Geburtsdatum** bis zum Vortag der Sitzung, 12 Uhr, unter der E-Mailadresse bauausschuss@bundestag.de anzumelden. Weitere Informationen zur Öffentlichen Anhörung werden kurzfristig im Internet unter www.bundestag.de/bau veröffentlicht.

Mechthild Heil, MdB
Vorsitzende

Hinweis zum Umgang mit personenbezogenen Daten

Die Polizei beim Deutschen Bundestag führt für Besucher und Gäste, die aufgrund einer Anmeldung Zutritt zu den Liegenschaften des Deutschen Bundestages erhalten, auf Grundlage des § 2 Absatz 6c der Hausordnung des Deutschen Bundestages eine Zuverlässigkeitsüberprüfung insbesondere durch Einsichtnahme in das Informationssystem der Polizei beim Deutschen Bundestag und in das Informationssystem der Polizei (INPOL) durch. Die bei der Anmeldung übermittelten personenbezogenen Daten (Name, Vorname und Geburtsdatum) werden nach Beendigung des Besuches gelöscht beziehungsweise vernichtet.